

Oldenburger Universitätsreden

Vorträge · Ansprachen · Aufsätze

herausgegeben von
Friedrich W. Busch und Hermann Havekost

In der Reihe Oldenburger Universitätsreden werden unveröffentlichte Vorträge und kürzere wissenschaftliche Abhandlungen Oldenburger Wissenschaftler und Gäste der Universität sowie Reden und Ansprachen, die aus aktuellem Anlaß gehalten werden, publiziert.

Die Oldenburger Universitätsreden werden herausgegeben von Prof. Dr. Friedrich W. Busch, Institut für Erziehungswissenschaft 1, und Ltd. Bibliotheksdirektor Hermann Havekost, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung der Universität Oldenburg dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Anschriften der Herausgeber:

Prof. Dr. Friedrich W. Busch
Institut
für Erziehungswissenschaft 1
Postfach 25 03
26111 Oldenburg
Telefon: 0441/798-4909
Telefax: 0441/798-2325
e-mail:
fwbusch@hrz1.uni-oldenburg.de

Ltd. Bibl. Dir. Hermann Havekost
Bibliotheks- und Informationssystem
der Universität Oldenburg
Postfach 25 41
26015 Oldenburg
Telefon: 0441/798-4000
Telefax: 0441/798-4040
e-mail:
havekost@bis1.uni-oldenburg.de

Redaktionsanschrift:

Oldenburger Universitätsreden
Bibliotheks- und Informationssystem
der Universität Oldenburg
z.H. Frau Barbara Šíp
Postfach 25 41
26015 Oldenburg
Telefon: 0441/798-2261
Telefax: 0441/798-4040
e-mail: sip@bis1.uni-oldenburg.de

Nr. 100

Michael Daxner

Die Gute Universität

Eine nicht gehaltene Rede

1998

Vorwort

Die *Gute Universität* ist eine so nicht gehaltene Rede. Ihr Verfasser ist der noch amtierende Präsident der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Professor Dr. Michael Daxner. Seine wie immer anregenden Gedanken hätte er etwa den Mitgliedern des Konzils zur Diskussion anbieten können, wenn er für eine weitere, dann dritte Amtszeit als Präsident dieser Universität zur Verfügung gestanden hätte. Seit Oktober 1997, ein Jahr also vor Ablauf seiner zweiten Amtsperiode, weiß jedoch die Universität und die interessierte Öffentlichkeit, daß Daxner das Präsidentenamt in Oldenburg aufgibt. So widmet Daxner nun seine Überlegungen den Studierenden unserer Universität, vermutlich aber mit dem Nebengedanken, daß sie auch von der universitären Öffentlichkeit und insbesondere von denen, die in den kommenden Jahren Verantwortung für den Hochschulstandort Oldenburg zu übernehmen haben, bedacht werden.

Die Verdienste Daxners um die Entwicklung der Universität in Oldenburg, um die niedersächsische Hochschullandschaft und im weiteren Sinne um hochschulpolitische Akzentsetzungen - national wie international - werden sicher nach seinem Ausscheiden aus dem Amt im Herbst des Jahres 1998 ihre angemessene Würdigung finden.

Mit dieser Jubiläumsausgabe, die *Nr. 100 der Oldenburger Universitätsreden*, die sich zugleich in einem neuen Gewand zeigt, wollen wir als Herausgeber dem Hochschulpolitiker und von uns geschätzten *Präsidenten Michael Daxner* die Gelegenheit geben, seine Gedanken über eine *Gute Universität* einer breiten Öffentlichkeit schnell zugänglich zu machen.

Er trägt sie - wie immer - pointiert und zugespitzt vor und unterschlägt dabei auch nicht, wie sehr sie von seinen Erfahrungen geprägt sind, die er in über zehnjähriger Tätigkeit in Oldenburg und für die Carl von Ossietzky Universität gesammelt hat.

Der Leser wird Bekanntes finden, wenn Daxner für die *Gute Universität* feststellt, daß sie interdisziplinär, problemorientiert und themenübergreifend zu arbeiten habe (S. 38). Wenn dann aber die „Randbedingungen“ dieser Bestimmungen betrachtet werden, ist der hochschulpolitische Disput

und Diskurs eröffnet. *Den* will Daxner, *den* hat er auch immer wieder gesucht - vielleicht zu selten zunächst im eigenen Haus -, und davon wird er wohl kaum lassen, was immer er nach seiner Präsidentenzeit in Oldenburg tun wird.

Wir nutzen das Erscheinen der hundertsten Ausgabe der *Oldenburger Universitätsreden* auch noch zu einem Wort in eigener Sache.

Totgesagte leben länger. Als verantwortliche Herausgeber freuen wir uns, daß dieses im Jahre 1986 von uns konzipierte und mit den Reden zur *Forschung im Nordwesten* (Nr. 1) eröffnete Periodikum inzwischen zu einem festen Bestandteil der wissenschaftlichen wie hochschulpolitischen Öffentlichkeitsarbeit der Carl von Ossietzky Universität geworden ist, obwohl ihm von Beobachtern und Kennern der wissenschaftlichen Presse keine Zukunft eingeräumt wurde.

Wir erinnern uns bei der Übergabe der einhundertsten Ausgabe an die Veröffentlichung so wichtiger Reden und Texte wie die von Senator a. D. Joist Grolle über seine Neubewertung der *Berufsverbote* (Nr. 15), an Willi Brandts Ausführungen zur *Nobelpreiskampagne* für Carl von Ossietzky (Nr. 20) oder Robert Jungks *Ermutigungen* für einen kritischen Journalismus (Nr. 21), an Gerhard Schröders Geste der Entschuldigung an die Tochter Carl von Ossietzkys im Zusammenhang mit dem Streit um die *Namensgebung* der Universität (Nr. 47). Weitere Ausgaben verdienen Erwähnung, wenn hier der Raum für eine Bilanzierung unserer Publikationsidee wäre.

Wir danken an dieser Stelle allen Autorinnen und Autoren, daß sie uns ihre Texte übergaben und auch bereit waren, Überarbeitungswünschen zu entsprechen. Wir danken ebenfalls den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Serviceeinrichtungen der Universität, die durch ihre zuverlässige Zuarbeit das Erscheinen jeder Ausgabe ermöglichten.

Wir widmen diese Jubiläumsausgabe mit Zustimmung des Autors -dem unvergessenen Soziologen und Mitbegründer der Universität Oldenburg *Professor Wolfgang Schulenberg*, der die Idee zu diesem Periodikum aufmunternd unterstützte, die erfolgreiche Realisierung aber nicht verfolgen konnte; er starb nur wenige Wochen nach Erscheinen der ersten Ausgaben.

Dem Verfasser der hier veröffentlichten *Nicht-gehaltenen Rede*, dem Präsidenten der Universität Oldenburg der Jahre 1986 bis 1998, Professor Michael Daxner, wünschen wir eine zufriedenstellende Tätigkeit in der „Zeit danach“ und weiterhin Erfolg in Wissenschaft und Politik.

Oldenburg, im Februar 1998

Friedrich W. Busch

Hermann Havekost

MICHAEL DAXNER

Die Gute Universität

Einleitung

Dies ist die erste einer Reihe von Vorlesungen, die ich zum Ende meiner Amtszeit als Präsident der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg vorlege. Diese widme ich ganz speziell den Studentinnen und Studenten dieser Universität, vor allem denen, die in den Protestmonaten Ende 1997 hinter die Sprechblasen der Resolutionen geschaut haben, und ihre Bedürfnisse und Ansprüche zu erforschen versuchen, bevor sie wohlfeile Forderungen und Verweigerungen formulieren. Die kurzatmige und oft recht unaufrichtige Fragmentierung hochschulpolitischer Zusammenhänge, die sich heute als Dynamisierung von Hochschulpolitik ausgibt, hat bislang nur ein Negatives erreicht: die gründliche Zerstörung der Legende vom „deutschen Modell“ der Universität. Es wird um die Zukunft der Universität aber gestritten werden müssen, und dann sollen einander nicht Meinungen allein gegenüberstehen, sondern Zwecke und Optionen, denn nur mit solchen kann die Politik wieder Tritt fassen und Forderungen einlösen; Forderungen, die um künftiger Generationen willen nicht auf den beschränkten Horizont der bestehenden Funktionärsklasse eingegrenzt werden sollen. Die Funktionäre des bestehenden Systems, die Besitzstandswahrer und Bewährungshelfer eines gar nicht so bewährten Systems, sind, mit aller Selbstkritik von meiner Seite, die gruppenübergreifende Klasse, der ich diese Vorlesung ausdrücklich nicht zueigne.

I

Wenn erst das Reich der Vorstellung revolutioniert ist, wie kann dann die Wirklichkeit standhalten? Dieser Satz drückt eines der Leitmotive der Studentenbewegung aus; er wurde immer wieder beschwörend zitiert, wenn die Wirklichkeit sich als zu widerständig gegenüber Veränderungen erwies. Trotz seiner idealistischen Diktion ist es ein reformistischer Satz: Denn wie sollte sich das Reich der Vorstellung revolutionieren, wenn es keine Nahrung aus der Wirklichkeit bekäme? Hegel sagt: „Keine Revolution kann ohne Reformation gemacht werden.“¹ Marx wollte Hegel auf die Füße stellen.

Der allmähliche Verlust der Vorstellung von guten Hochschulen ist bereits die Folge und fast notwendige Konsequenz aus anderen, nachhaltigen Verlusten, die ihm vorhergegangen sind. Es ist kein Verlust, der in die großen Katastrophenszenarien paßt und auch nicht Ausdruck einer bloß hausgemachten institutionellen Krise, die wir mit der Anpassung an erkennbar neue Rahmenbedingungen für erledigt erklären dürfen. Was ist denn eine gute Universität, um derentwillen wir Reformpolitik machen, um derentwillen wir die vordergründigen Maßnahmenkonsense nicht akzeptieren dürfen,² auch wenn sie bis in Detail das wiedergeben, was wir selbst fordern?

Die erste Antwort betrifft dieses Wir, die Subjekte des politischen Handelns. Sie betrifft also die Frage nach den Interessen an der guten Hochschule und ihren Trägern.

Die nationale Standortlogik argumentiert plausibel innerhalb eines engen Marktverständnisses. Ein hoher Standard von profitabler

1 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Gesammelte Werke, 11. Hamburg 1968 (1975), S. 564.

2 Wenn zwei das gleiche fordern, ist es doch nicht dasselbe: Das macht z. B. die Diskussion um Mitbestimmung, Hochschulräte oder Leistungsindikatoren so schwierig. Aber wissen die beiden eigentlich, wer sie sind und wofür sie stehen? Vgl. Abschnitt III.

und nachhaltiger Innovation führt zu langfristig vermarktbareren Produktlinien, die im internationalen Wettbewerb die nationale Position stärken; weitergedacht, stärken sie Wettbewerbsfähigkeit des Blocks „Europa“ gegen die USA, Japan und die Tiger, sie schaffen territoriale Gewinne in einer globalisierten Weltwirtschaft und produzieren darüber hinaus politische Interventionsvorteile. Es gibt gute Gründe, diese Standortlogik als viel zu begrenzt anzusehen, aber lassen wir sie für einen Augenblick so bestehen. Dann erhebt sich die Frage, in welchem Kontext die Qualifikation wissenschaftlich ausgebildeter Arbeitskraft zu diesen Argumenten steht. Innerhalb der eingegrenzten Sicht des Standortmodells müßte die Qualifikation der Absolventen nicht nur die Identifikation von Problemen, die Sensibilität für Problemlösungsdruck und die methodische Kreativität zum Erforschen von Lösungsinstrumenten beinhalten. Sie verlangte darüber hinaus eine ausgebildete Fähigkeit, den Forschungskontext in die wirtschaftspolitische Superstruktur „hineinzudenken“, als Ordnungsfaktor für Prioritäten und als Verhaltensregulativ bei der Akquisition von Mitteln und Forschungsmacht zu benützen. Die klassische Form des „Liniendienstes“, der wissenschaftlicher Ausbildung bedarf, reicht längst nicht mehr aus, und ist für den gewaltig wachsenden Dienstleistungsbereich ganz und gar anachronistisch. Die erforderlichen Qualifikationen im Bereich der Steuerung, der Informationsverarbeitung, der Organisation und Allokation von Ressourcen sind nur zu einem sehr beschränkten Teil Produkte dessen, was wir gewohnt sind, „wissenschaftlich“ zu nennen. Die Abspaltung der Verwertungslogik von der Konstitution gesellschaftlich brauchbaren Wissens hat ein Stadium erreicht, das Skeptiker und Krisentheoretiker schon fast als endgültig erkannt haben wollen, eines, das jedenfalls nicht mehr mit trivialen Maßnahmen reversibel erscheint. Insofern hat die Prognose, daß unsere spätindustriellen dienstleistungsorientierten Gesellschaften „hochqualifizierte“ sein würden, ihre Ambivalenz: Was die Verwertungsforschung in ihrer engen Verklammerung mit der praxisorientierten Ausbildung betrifft, ist die Prognose sicher brauchbar und liefert Orientierungen, keineswegs nur in den Naturwissenschaften oder

nur in den Naturwissenschaften oder Technologien. Es geht hier um eine immanente Zweckbestimmung wissenschaftlicher Ausbildung, die sich unter einem weitgefaßten Begriff der Ökonomisierung fassen läßt. Weit gefaßt deshalb, weil sich natürlich auch eine noch so enge Standortlogik den politischen, sozialen und kulturellen Randbedingungen einer derartigen Zweckrationalität nicht verschließt. „Hochqualifiziert“ ist dann das Attribut einer neuen Arbeitsteilung und -organisation. Auf der anderen Seite ist schon im Qualifikationsbegriff selbst eine Illusion enthalten, die oft mit völlig sinnentleerten Formeln zugedeckt wird. Gerade weil die Ökonomisierung andere als die genannten Zwecke nicht gelten läßt oder mit der bloßen Kostenseite verrechnet, tut sie sich sehr schwer mit der künftigen Allokation der Ressource „Qualifikation“. Die triviale Frage, wo eigentlich der konkrete Einsatzort und Wirkungskreis der künftigen Qualifikation sein solle, läßt sich aus dem geschlossenen Standortmodell nicht ableiten.

Ein Rückblick:

Als die Bildungsökonomie in den 60er und 70er Jahren große Bedeutung für die Hochschulplanung hatte, stand sie auch im Dienste einer Ökonomisierung, die allerdings recht eindeutige Fortschrittsparameter bei sich trug. Es wurde eine zukünftige Berufsstruktur unterstellt, die weitgehend der marxistischen Projektion von „Arbeit ohne Arbeitszwang“ folgte, wenn sie auch die Begleitbedingung der nicht entfremdeten Arbeit nur in Teilbereichen aufzunehmen bereit war, schließlich war es keine dominant marxistische Bildungsökonomie. Allerdings hatte diese für die Bildungsplanung so folgenreiche Disziplin erkannt, daß es eine kongruente Zuordnung von Qualifikation und Berufstätigkeit nie würde geben können, und im Begriff der extrafunktionalen Qualifikation trafen sich zwei antagonistische Elemente: Zum einen das funktionale Bestreben, jene intellektuellen und wissenschaftlich-handwerklichen Fertigkeiten auszubilden, die mit Komplexität, Kommunizierbarkeit und Vermittelbarkeit der neuen, modernen, wissenschaftlich durchstrukturierten Fortschrittswelt würden umgehen können. Auf

der anderen Seite trug der Begriff das Residuum der Hoffnung auf Emanzipation durch Wissenschaft mit sich, wonach die kritische Öffnung dieser Wissenschaft, ihre Orientierung am gesellschaftlichen Nutzen, ihre persönlichkeitsbildende und Entfremdung vermindernde Kraft extrafunktional eingesetzt werden sollte. Damit wurden Funktionalität und das ökonomische Kalkül kurzgeschlossen, und ein für die große Bildungsexpansion bestimmender Vorrang des politischen vor dem ökonomischen konnte seinen Ausdruck finden.

Dieser Rückblick erscheint mir deshalb nötig, weil, in anderem begrifflichen Gewand, die Vorstellung von den extrafunktionalen Qualifikationen heute weitgehend in die ökonomischen Vorstellungen integriert ist: Eine wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft benötigt einen derartigen Überschuß solcher Qualifikationen, daß die praktische Produktionsintelligenz fast nurmehr als Annex erscheinen muß, der zwar auch seine Qualifikationsanteile beanspruchen darf, aber eben funktional und technizistisch abgehandelt wird.

Der Abbau der meisten Privilegien von Hochschulabsolventen, eine langsam steigende Akademikerarbeitslosigkeit (trotz erheblicher Vorteile gegenüber anderen Ausbildungsstufen), zunehmend ausbildungsferne Berufstätigkeit, sind einige äußere Merkmale der heutigen Situation. Aber auffällig ist vor allem eine bis in die Hochschulforschung reichende und Öffentlichkeit wie Bildungspolitik dominierende Ratlosigkeit, wie denn die künftige Qualifikation nachhaltig alloziert werden sollte. Welchen Prinzipien können wir sie denn unterwerfen, damit wir diese kostspielige und sensible Ressource auch richtig einsetzen? Die Hochschulen haben sich bislang diesem Problem nur höchst abstrakt gestellt. Das liegt u. a. daran, daß wir eine weitere Polarität beobachten: einerseits die Bereitschaft, sich der allgemein konstatierten Individualisierung im Hinblick auf die gesellschaftliche und berufliche Zukunft der Absolventen insoweit zu beugen, als man von den Absolventen die typischen Mischverhaltensweisen von bewußten Angehörigen der

der Risikogesellschaft erwartet; sie sind ihre eigenen Planer, Akquisitoren, Produzenten, Therapeuten und Aussteiger zugleich. Auf der anderen Seite haben viele Reformwillige durchaus akzeptiert, daß die unternehmerische Perspektive für Hochschulen eine Abkehr von der alten hochregulierten Anstalt, und damit mehr Autonomie und Gestaltungsspielraum bedeutet. Damit könnte ja das Freisetzen eines Kreativitätspotentials einhergehen, das bisher in der hochregulierten Versäulung von qualifikationsorientierten Studiengängen verkümmern mußte. Dort, wo es aber die Berufsorientierung ohnedies nicht gab, könnte durch das unternehmerische Prinzip eine noch stärkere unbestimmte, aber strategische Tätigkeitsorientierung eintreten. Die zweite Variante hat in anderen Ländern gewisse Erfolge und Stabilisierungen mit sich gebracht, die nicht einfach unter das Verdikt bloßer Ökonomisierung fallen. Offenbar hat sich sogar in Großbritannien bei den „besseren“ Universitäten eine neue, dynamisierte Hochschulkultur entwickelt, die über die wirtschaftlichen Anlässe und die ökonomisch-organisatorisch angelegten Rationalisierungen hinausgeht.

Aber hier sind wir wieder: Das alles gilt nur für die „besseren“ Hochschulen, die weniger guten sind bei dieser Reform, trotz aller Bekenntnisse zum neuen Modell, auf der Strecke geblieben und verlieren weiter an Grund. Auch bei uns in Deutschland hat sich längst eine Sortierung nach den Kategorien der Standortökonomie herausgebildet, die sich nicht nur an den Kennzahlen für Forschung, Entwicklung, Patente und Wirtschaftsbeziehungen festmachen läßt. Vermittelbarkeit in Arbeitsmarktnischen, Unternehmensneugründungen, die Fusion von akademischer Qualifikation in nicht dafür vorgesehene Produktions- und Dienstleistungsbereiche geben hier die Maßstäbe vor. Auch der immer größere Anteil des „Kulturmanagements“, das zum „Sozialmanagement“ konkurrierend auf dem Markt tritt, spricht für diese These. Das Ergebnis dieser Sortierung ist die Herausformung von Forschungsuniversitäten, die aber doch weit davon entfernt sind, dem Leitbild der amerikanischen *Research University* nahezukommen. Als erste Näherung an die Frage, was eine „gute“ Universität denn sei, nehme

ich dieses Leitbild, um gleich hinzuzufügen, daß es ohne den Unterbau von Hochschulen, die keine *Research Universities* sind, nicht funktionieren kann. Die Schlußfolgerung daraus ist ebenso einfach wie folgenreich: Es kann keine Vorstellung von einer guten Hochschule geben, die nicht die anderen Hochschulen in ihr Argumentationsschema einbezieht. Wir können nur von Hochschulsystemen mit ausgeprägten institutionellen Individualitäten sprechen, aber nicht umgekehrt fordern, daß ein gutes Hochschulsystem sich einfach aus guten Hochschulen zusammensetze.

Warum sind amerikanische *Research Universities* geeignet, ein derartiges Leitbild abzugeben? Wenn wir von allen institutionellen Besonderheiten des amerikanischen Hochschulsystems absehen, liegt die Antwort zunächst auf der gesellschaftlichen Ebene. Weil in der amerikanischen Gesellschaft Hochschulzugang und Hochschulstudium nicht nur selbstverständliche biographische Allgemeingültigkeit besitzen, ist eine nach Leistung und Neigung differenzierte Hochschullandschaft viel stärker im gesamtgesellschaftlichen Gefüge verankert. Warum aber ist dieses Selbstverständlichkeit so bedeutsam? Nicht von ungefähr bezeichnet die englische Sprache ihre Universitäten einschließlich der professionellen Spitzenausbildung als „Schule“ (*school*). Das Lexikon würde mehrere Alternativen zulassen, und institutionell unterscheiden wir durchaus *Universities*, *Colleges* und *Institutes*. Aber auf die Frage, wo man studiert hat, nennt man den Ort und spricht von seiner „Schule“. Das trägt ein pädagogisches Element in sich, aber, in Ansehung der Struktur des amerikanischen Systems kann man nicht einfach von einem durchgängig erzieherischen Modell sprechen. Der sehr starke Erziehungsanteil im *Undergraduate*-Studium geht ja in der *Graduate School* rapide zurück, und auch der Allgemeinbildungsanteil der ersten Studienphase sollte nicht überschätzt oder erziehungswissenschaftlich überhöht werden. Trotzdem würde es uns nach der deutschen Ideologie schwer fallen, im amerikanischen Hochschulwesen so einfach unsere Forderung nach „Bildung durch Wissenschaft“ verwirklicht zu sehen, es gibt doch erhebliche Unterschiede. Die *Research University* umfaßt vor

allem in ihren *Graduate Schools* und den postgradualen und postdoktoralen Studien und Arbeiten mehrere Elemente, die uns noch völlig fremd sind. Sie alle lassen sich in einer akademischen Laufbahn des Übergangs vom Schüler zum Akademiker mit der Statuspassage „Student“ zusammenfassen. (Und darin liegt meines Erachtens eine Erklärung für die Qualitätsbeschreibung der guten amerikanischen Universitäten.)

Aber natürlich ist das auch nur eine Annäherung an die Vorstellung von der Guten Universität. Allzu lange haben sich die Verteidiger des „Deutschen Modells“ auf einen Katalog verständigt, den ich sarkastisch als „Wesensliteratur“³ denunziere, weil er von einem idealtypischen Wesen der Universität unempirisch ableitet und immer so etwas wie ein verlorenes goldenes Zeitalter dieser Anstalt beschwört, wohlweislich alles ausblendend, was den Glanz trüben könnte. Zu diesem Merkmalskatalog gehört ein etwas zu-rechtfertigter Humboldt mit der Einsamkeit und Freiheit und der Einheit von Forschung und Lehre, dazu gehört eine Hochschulautonomie, die in Bezug auf Berufungen und Finanzen nie bestanden hat, dazu gehört der Stolz auf die Ausbildung des eigenen Nachwuchses, dem man mit Hilfe der Habilitation seit Jahren entweder das Rückgrat bricht oder die Berufschancen unzulässig einengt, dazu gehört eine frauenfeindliche Grundstruktur, wie sie in den meisten europäischen Ländern längst überwunden ist, dazu gehört die stolze Unfähigkeit, mit anvertrautem öffentlichen Geld sorgsam und zurechnungsfähig umzugehen. Noch tiefer schneidet die narzißtische Kränkung ins Selbstbewußtsein, wenn das deutsche Professoriat zugeben muß, daß seine Ausbildung für die eigentliche Tätigkeit als Hochschullehrer und Hochschullehrerin höchst zufällig und unsystematisch, wenn überhaupt erfolgt, und daß die Lehrjahre eher auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen werden, als daß sie zu Lasten der eigenen Reputation gingen. Das ist zwar unerfreulich, aber jedenfalls durch Hochschulforschung

3 Michael Daxner: Keine Flucht in die Methodenprobleme. In: Zeitschrift für Hochschuldidaktik 3 - 4/1985, S. 347 - 358.

und Empirie besser zu belegen, als die ständig wiederholte Beschwörung der „kerngesunden“ Universität (deren Fleisch offensichtlich so verrottet ist, daß der frühere Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Dieter Simon, diesen Vorwurf niemals zurückgenommen hat). Hinter alldem, und das liegt nun jenseits der sarkastischen Bestandsaufnahme, steht ein Bild von Wissenschaft, das in gewisser Weise historisch wirklich typisch deutsch ist: Die deutsche Universität sah sich selbst niemals den funktionalen Herausforderungen moderner kapitalistischer (zeitweilig auch imperialistischer) Zivilgesellschaften gegenübergestellt, sondern holte diese Konfrontation in einer „verspäteten Nation“ (Plessner) sozusagen diskursiv nach, mit den entsprechenden moralischen und politischen Deformationen, die zu einer beispiellosen Unterstützung des Nationalsozialismus aus dem akademischen Lehrkörper führten und zu einer ebenso beispiellosen Unsensibilität gegenüber der eigenen Vergangenheit nach 1945. Gleichwohl konnte das deutsche Modell auf eine recht ansehnliche Erfolgsgeschichte verweisen, die aber gerade in Merkmalen begründet war, die den typisierenden Illusionen nicht entsprachen. So hat sich bei der staatlichen Finanzierung im Gefolge der Humboldtschen Reformen sehr schnell bewährt, daß es nicht einen wirklichen Antagonismus zwischen Forschung und Lehre in der Aufteilung zwischen Universitäten und Akademien gab. So hat das vergleichsweise hohe Maß an Selbstverwaltung und methodischer Autonomie (nicht finanzieller und personeller!) höhere Funktionalität und Binnenregulative entwickelt, die den staatlichen Anstalten anderer nationaler Systeme überlegen waren. Ein ambivalentes Paradox ist außerdem, daß die intellektuelle Knebelung über lange Zeiträume einen höchst funktionalen Gelehrtentypus herausgebracht hat, der zwar selbst dysfunktional werden sollte, aber bis dahin erhebliche Effektivitätsvorsprünge einarbeitete - wie Fritz Ringer in seinem Buch über die deutschen Mandarine (1969) detailliert nachweist.⁴ Hinter alldem steht die Vorstellung einer guten Hochschule, die in

4 Fritz Ringer: Die Gelehrten. Stuttgart 1983 (1969 Harvard VP).

gewisser Hinsicht gut sein mag, aber intellektuell und kritisch den Anschluß an moderne weltliche Zivilgesellschaften weder gesucht noch gefunden hatte. Die Kontrastfolie dazu ist keineswegs einseitig das angelsächsische Universitätswesen, sondern eine Vielzahl von unterschiedlichen Elementen, die fast modularisiert immer wieder neu zusammengebaut werden müssen, damit wir unsere Vorstellung von einer guten Hochschule verwirklichen können. Nehmen wir nur den Katalog von Sheldon Rothblatt,⁵ und fragen wir uns, welches Profil eine Universität haben muß, um die hier aufgelisteten Funktionen zu erfüllen. Dieser stark extern bestimmten Sicht, sozusagen einem kondensierten gesellschaftlichen Auftrag, stelle ich die konsensfähigen Kriterien von Jürgen Mittelstraß aus der Binnensicht gegenüber. In vielen programmatischen Schriften verlangt Mittelstraß eine richtige Mischung aus Universalität, Spezialisierung, disziplinärer Stärke und transdisziplinärer Differenzierung. Ich möchte nachvollziehbare Maßstäbe für Exzellenz und ein erkennbares Kriterium für das Niveau. Auch ist er durchaus der Auffassung, daß sich Weitläufigkeit und regionale Verpflichtung verbinden lassen. Das ist ein recht konkreter Rahmen, wenn wir die Begriffe ernst nehmen.⁶ Dazu nehme ich den Katalog der sozialen Bewegung von 1968, der sich unter der emphatischen Formel „Wissenschaft im Dienste des Volkes“ auf Emanzipation, Kritik, Fortschritt und Solidarität mit und in der Wissenschaft konzentriert. Um die Überforderung des Systems vollständig zu machen, gebe ich als letzte Dimension die geheimnisvolle der „Bildung durch Wissenschaft“ als Zweckbestimmung der Guten Universität hinzu. Die eigenartige und schlecht übersetzbare deutsche Bildungsphilosophie hat, jedenfalls im Neuhumanismus, in der Klassik und in der Romantik gleichermaßen die Emphase auf Haltung und Stil (im Sinne von Nietzsche) gelegt, wo die fran-

5 Sheldon Rothblatt: *The Idea of the Idea of the University*. Berkeley 1989.

6 Vgl. die Auseinandersetzung mit Mittelstraß in: Michael Daxner: *Die Universität muß eine politische Instanz werden*. In: *Universitas* 612/1997, S. 560 - 566.

zösische Revolution Wissen und gesellschaftliche Bewegung miteinander verknüpfen wollte. Manchmal scheint es, daß die Bildung durch Wissenschaft auch eine Rechtfertigung des scheinbar unpolitischen Charakters der deutschen Universität ist, was natürlich weder von Humboldt noch von den aufgeklärten Neuhumanisten so gemeint war, aber trefflich die Autonomie von der Parteinarbeit zu gesellschaftlichen Ereignissen begründete. Da muß man nun überhaupt nicht an die Folgen des Unpolitischen in bezug auf den Faschismus denken, sondern braucht bloß die akademische Expertenkultur in ökologischen und sozialen Fragen betrachten, um hier die Aktualität des Problems zu erkennen.

Nun ist unsere Gute Universität also entweder heillos überfordert, oder sie muß sich eine Profilierung durch Auswahl aus dem Katalog des Guten, Schönen, Wahren und Nützlichen gefallen lassen. Das wäre ja nicht weiter schlimm, wenn das System selbst diese Differenzierung zuließe. Paradoxerweise ist aber gerade das deutsche System eine homogene undifferenzierte Angebotslandschaft, die sich um die Nachfrage viel zu wenig kümmert. Damit meine ich nicht nur die studentische Nachfrage, sondern auch die nach Forschung und Dienstleistungen. Diese stolze Unabhängigkeit vom Markt ist nun keineswegs in einer effektiven „politischen Prioritätensetzung jenseits des Marktes“ (Walter Siebel) begründet, sondern in einer Verweigerung gegenüber genau den Mechanismen, von denen man sich Reputation und Finanzierung gleichermaßen verspricht. Das Gegenbild, und damit bin ich bei „meiner“ Guten Universität, ist in der Tat eine Auswahl aus dem genannten Katalogen, aber jeweils mit einer konsistenten gesellschaftlich zugewandten Begründung. Die Rückmeldung aus der Gesellschaft, die zugleich deren Mitbestimmung in Hochschulangelegenheiten zwingend erforderlich macht, ist dann auch eine Bestätigung eines derartigen Profils und bedeutet im Glücksfall eine kritische Widerständigkeit der Hochschule gegenüber all den Zumutungen, die einem solchen Profil durch unangemessene Vereinnahmung entgegenstehen. Die zivilgesellschaftliche Komponente dieser Profilbildung ist ja, daß die gesellschaftlichen Konflikte und Krisenpoten-

tiale über die Institutionen ihre intellektuelle Vermittlung erfahren, in der das Wissen geordnet und aufbereitet wird und in der die intellektuelle Besetzung der gesellschaftsformierenden Begriffe qua Auftrag erfolgt. Das ist, zugegeben, auch eine idealistische Voraussetzung für die Gute Universität, aber eine, die so nahe an der Praxis ist, daß man das Reich der Vorstellung hier durchaus einmal befrachten darf. Eine Konsequenz ist nun in der Tat die allseits geforderte differenzierte Hochschullandschaft, von der aber niemand so recht eine Vorstellung hat, wenn er sie an Abschlüssen, Studienmodulen und gleichgeschalteten Curricular mißt. Die Differenzierung des Profils ist keine reine Funktion der gesellschaftlichen Nachfrage nach wissenschaftlichen Produkten, sondern immer die Provokation potentieller gesellschaftlicher Nachfrage, diesmal als Angebot der konkreten Hochschule und nicht der abstrakten Hochschulpolitik und des „Systems“.

Von der eingangs dieses Abschnitts bemühten Standortlogik her gesehen, ist diese Art der Profilierung zwar eine Herausforderung, aber jedenfalls kompatibel, weil sie einen Binnenmarkt impliziert, der überhaupt erst eine sinnvolle Standortbestimmung möglich macht. Politisch bedeutet es, daß die unveräußerlichen Bestimmungsrechte wissenschaftlicher Tätigkeit, wie z. B. die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, in jedem Profilelement nachhaltig wirken müssen, wodurch bereits mehr organisatorische Prämissen angedeutet werden, als auf dem ersten Blick sichtbar. Was bedeutet denn Wissenschaftsfreiheit für eine große Organisation? Beispielsweise ein Organisationsprinzip, das institutionelle Autonomie und individuelle Wissenschaftsrechte gleichrangig und ohne Bevorzugung der Individualität reguliert. (Einer der Gründe für das Versagen des bisherigen Systems war eben diese Bevorzugung, während in den realsozialistischen Systemen das Gegenteil zum Scheitern geführt hat.) Ein anderes Implikat ist die Konsequenz aus der intergenerationellen Vermittlung: Es wird nicht einfach Wissen und Methodik an eine nächste Generation weitergegeben, sondern die ständige Verbindung von Studium und Forschung bewirkt Historisierungen und Verwerfungen, die mit dem

Begriffspaar „Drehung“ und „Hebung“ von Ernst Bloch⁷ gut zu beschreiben sind, die immer wieder Ungleichzeitigkeiten provozieren. Und aus der Notwendigkeit der Wissenschaft für die Überlebensbedingungen von Menschen, also von Gesellschaften, ergibt sich eine unvermeidliche Politisierung der profilierten Hochschule, eine aktive Rolle im politischen Gestalten einer sozialen und kulturellen Wirklichkeit, die über das Besetzen der Begriffe und die Überbrückung der Distanz zwischen Laien- und Expertenkultur hinausgeht. Dies läßt sich nicht mehr in dem Begriff der Bildung einfangen, sondern hat so fundamentale zivilisatorische Elemente wie kaum ein anderes gesellschaftliches Großunternehmen. Die Binnenstruktur eines solchen Anspruchs konzentriert sich paradoxerweise auch auf das Nichteigentliche der Wissenschaft, nämlich die lebensweltlichen Konstruktionen innerhalb der Hochschule, die überhaupt erst Biographien ermöglichen, die solchen Ansprüchen zugänglich sind. Die Multipolarität der biographischen Ansprüche und die große Variabilität der Profilelemente lassen hier keinen zentralperspektivischen Fokus zu, sondern auch eine gewisse Anarchie der Ziel- und Zwecksetzungen, die allenfalls durch öffentliche Regulative und die strenge Organisation des Austausches zwischen *Scientific Community* und *Social Community* vorderstrukturiert werden.

Man kann das auch einfacher sagen: Die Gute Hochschule muß ihre Zentralität im gesellschaftlichen Institutionengefüge zu bewahren trachten, damit sie für jene Lebensformen offen bleibt, die überhaupt gute Wissenschaft im öffentlichen Eigentum möglich machen. Denn darum geht es doch: die nach Praxis schreiende Theorie nicht dem Zwang eben dieser Praxis auszuliefern, sondern aus der Distanz zu ihr strategisch und allgemein zugänglich aufzubereiten. Daß das nicht auf dem Verordnungsweg oder durch das freie Spiel der Kräfte zustande kommt, ist eine empirische Erkenntnis vor jeder Ideologie.

7 Ernst Bloch: *Experiment von Mondis*. Frankfurt 1975. Die Begriffe sind „leitmotorisch“ für die Kategorienlehre.

II

Die Theorie drängt zur Praxis. Aber vorerst ist sie Theorie. Ich habe sehr mühselig lernen müssen, daß unser Reformansatz einer ständigen Verbindung von Theorie und Praxis der Arbeit in der Universität meistens nicht zuträglich ist. Auf die rüdeste Kurzformel gebracht: Außer in Ausnahmesituationen ist es nie gut, wenn einer denkt und zugleich handelt. Wege entstehen eben nicht immer beim Gehen, wie uns das Motto einer „Pädagogischen Woche“⁸ hat überzeugen wollen. Weniger hausbacken liest sich die Erfahrung so: Wer nicht den Schmerz der Distanz von der Praxis im Kältestrom des Nachdenkens und der theoretischen Abstraktion erfahren hat, für den bleibt praktisches Handeln immer unmittelbar, zu eng mit der eigenen Person verknüpft, rechthaberisch auf den eigenen Horizont beschränkt. Das Projektstudium schien eine Aufhebung dieser Distanz zu verheißen, aber wahrscheinlich nur innerhalb des Bereichs der simulierten Praxis. Denn am Ernstfall zeigt sich, daß Wissenschaft ihre praktische Macht am besten dort entfaltet, wo sie nicht immer gleich durch die intervenierende Wirklichkeit abgelenkt wird. Es ist uns die Ironie im Satz von der „grauen Theorie“ entgangen. Und noch einmal: Das Pathos zeitweiliger Praxislosigkeit in den Reflexionsschleifen des Denkens hat selbst eine folgenreiche Wirkung. Man kann nämlich sehr viel leichter alternative Optionen in der intellektuellen Reflexion überprüfen, als sie immer gleichzeitig an der Realität erproben. Und weil dies auch in den einfachsten Projekten schnell zu erfahren war, haben diese sich sehr oft in einer heillos dogmatischen Handlungsstrategie verfestigt. Das ist nun keineswegs ein Plädoyer für den Rückzug in eine kontemplative Wissenschaft. Aber wenn es uns darum geht, Laien- und Expertenkultur einander zu vermitteln, dann kann der Ausweg nicht in einer ständigen Abkürzung bestehen. Überprüfen wir diese Hypothese an einem etwas komplizier-

8 Die Oldenburger Traditionsveranstaltungen zur Lehrerausbildung sind gute Gradmesser für die Aktualität jeweils vergangenen „Zeitgeists“.

teren Gedankengang, an dessen Ende wiederum die Zentralität der Universität in der Gesellschaft steht.

Als sich vor mehr als einem Jahrzehnt die Zeit der Verbindung von Wissenschaft und eindimensionalem Fortschrittsglauben für alle erkennbar ihrem Ende zuneigte, hat die Zeitschrift „Wechselwirkung“, eines der wichtigsten dissidenten Periodika der achtziger Jahre, eine kleine Umfrage über den Stand der Wissenschaft durchgeführt. In einem Anfall ungesicherten Mutes habe ich etwa so argumentiert: Wir alle - Laien und Experten - sind überdeterminiert und gesättigt vom Wissen um die zur Lösung anstehenden Probleme unserer Gesellschaft bzw. unseres Planeten. Nach einer langen Periode des Vorrangs von Problemdefinition und -identifikation kommt es nun darauf an, Lösungen zu finden, ohne die vorgängige Theoriearbeit, also die Kritik an der Realität, zu verraten; also eine klare Ausrichtung auf Praxis, in einer ganz spezifischen Weise auf vorgehende Theorie verwiesen.⁹

Die nächsten Jahre haben mich nun in ein seltsames *double bind* gebracht. Als Leiter einer Universität war ich ständig mit einem Wissenschaftssystem konfrontiert, dessen hervorragendes Merkmal unter anderem das ständige Schwanken zwischen einer Aufgabenzuschreibung im Bereich der Problemdefinition und der Problemlösung war. Dem politischen Wissenschaftler, dem Hochschulsoziologen, wurde klargemacht, daß aus der Eingangshypothese nicht nur eine andere Politik, sondern auch eine andere Hochschule folgen müßte. Politisch habe ich in einer Reihe von Sätzen versucht, diese zu präzisieren und differenziert zu begründen. Das hat zu einer für mich folgenreichen strategischen Neuorientierung geführt. Meine Argumente lauten so: Wenn es stimmt, daß wir eine Überdeterminierung von erkennbaren und nach Lösung drängenden Problemen erfahren, dann ist es wichtig, sie so zu ordnen, daß die Lösung der vorrangigen Probleme nicht die Be-

9 Michael Daxner: Noch nicht oder nicht mehr? In: Wechselwirkung 11/1988, S. 54 - 55.

freierung der nachfolgenden behindert. Darin ist eine weitere folgenreiche Konsequenz enthalten. Es kann keine Symmetrie zwischen der Problemlösungskompetenz von Wissenschaft und ihrer gleichzeitigen Erzeugung neuer, gleichgewichtig anstehender Probleme geben. Oder, härter ausgedrückt, was immer die Wissenschaft an Ambivalenzen mitverantwortet, es muß doch immer einen produktiven Ausweg geben, der mehr Probleme löst als er schafft. Das Hauptargument zur Ordnung der Probleme hat zunächst einen nicht hintergehbaren Imperativ, den man akzeptieren oder verwerfen kann, mit dem man jedenfalls ganz sinnvoll arbeiten kann: Priorität haben die Probleme, die global als solche erkennbar sind und zugleich das Überleben der Gattung Mensch betreffen (darin ist implizit eine Hierarchie enthalten, die sich gegen horizontale ethisch-wissenschaftstheoretische Modelle wendet¹⁰). Im übrigen ist das ein Globalisierungsansatz, der sich von dem im ersten Abschnitt genannten deutlich unterscheidet. Wenn überlebensrelevante Problemlösungen Vorrang haben, dann bedeutet das noch lange nicht, daß diese Lösungen auch global erprobt und durchgesetzt werden können. Mit einer gewissen Unschärfe bezüglich der Lokalität folgt daraus, daß alle überlebensrelevanten Probleme immer wenigstens einen lokalen Lösungsansatz beanspruchen sollen, ob es sich nun um ökologische Fragen, um Fragen der Organisation menschlicher Arbeit oder um solche des menschlichen Zusammenlebens handeln mag. Die dahinter stehende Begründung ist nur mehr subjektiv radikal, weil ich sie jeder Teleologie entkleiden möchte. Ich habe für mich entschieden, daß richtige Problemlösungen in Summe immer darauf abzielen sollen, daß die nach uns kommenden Generationen, sagen wir unsere Enkel und Urenkel, nicht mehr und größere Probleme vorfinden, als wir sie zu lösen haben. Das aber ist keineswegs ein Satz, mit dem ich andere Grundlagen missionieren möchte.

10 Hanna Berendt: Die Unmoral des Hierarchischen. In: *Das Argument* 221/1997, S. 459 - 474, hier S. 459 - 461.

Die Konsequenz aus dieser Überlegung wiederum ist unmittelbar politisch: Die gesellschaftliche Organisation und politische Intervention muß sich in einer anderen Weise den überlebenswichtigen Problemlösungen zuwenden als allen anderen. Die Prioritätensetzung ist also immer eine, die innerhalb der gesellschaftlichen Organisation weder an Experten noch an eine staatliche Problemverwaltung abgegeben werden darf, sondern von den Menschen in einer jeweiligen Gemeinschaft immer wieder selbst erarbeitet und überprüft werden muß. Die Wissenschaft kommt in dem Augenblick ins Spiel, in dem die nun folgende Prämisse akzeptiert wird: Zwar lassen sich überlebensbezogene globale Probleme niemals allein durch Wissenschaft lösen und bewältigen, es gibt aber kein globales Problem dieser Dignität, das gänzlich ohne Wissenschaft gelöst werden kann. Ein solcher Satz kann nun sowohl bestimmte Wertorientierungen provozieren als auch normentheoretische Konsequenzen haben. Darauf kommt es mir weniger an als auf die Schlußfolgerung, daß sich innerhalb der Institutionen moderner Gesellschaften die „Gemeinschaftsaktion Problemlösung“ politisch auf die überlebensrelevanten Probleme und den wissenschaftlichen Anteil ihrer Lösung zu konzentrieren habe, während die übrigen, durchaus respektablen Probleme, seien sie nun von praktisch geringerer Bedeutung oder solche der Neugewinnung und Neuordnung nicht überlebensrelevanten Wissens eher der individuellen wissenschaftlichen Tätigkeit ohne ordnenden Eingriff überlassen bleiben sollen. Daraus kann man sehr konkrete Schlußfolgerungen etwa für die Grenze legitimer Aufgabensetzung für Hochschulen durch ein Hochschulrahmengesetz ziehen. Weitere unmittelbare Konsequenzen aus dieser Überlegung sind etwa die Strategien der Schwerpunktsetzung einer Hochschule in der Forschung oder des interdisziplinären Designs von Studiengängen. Das aber meine ich mit der Distanz von Theorie und Praxis: Die jeweils singuläre Manifestation eines Problems, ob es sich um Flutkatastrophe, Infektionsepidemie, Dürre in der Sahel-Zone oder um den globalisierungsbedingten Verlust nationaler Souveränität handelt - die unmittelbare Reaktion auf die Problemerscheinung bedeutet

immer ein Unterlaufen der ja vorher behaupteten Problemkenntnis und -identifikation. Diesen Zusammenhang herzustellen, bedeutet, der Universität eine neue Formbestimmung und eine Revision ihrer institutionellen Gestalt zu geben. Nun ist die Behauptung gewagt, daß die Zentralität der Universität eine Vorbedingung dafür ist, daß diese Aufgabe überhaupt bewältigt werden kann. Die Gegenthese dazu lautet ja, daß angesichts der Komplexität und Vielfalt der Probleme eine ebenso große Vielzahl von Institutionen in vielfältiger Kooperation die Lösungen im und für den Markt bereiten.

III

Neoliberale Wirtschaftspolitik verschleiert ihre wahren Absichten meistens durch einen ornamentalen Rahmen, der mit altvertrauten Tugenden um Anerkennung wirbt. Da ist dann viel von der Verantwortung des Individuums die Rede, von der Wirksamkeit der Selbststeuerung, von lokaler Autonomie, von den Vorzügen des unternehmerischen Handelns innerhalb der Wissenschaftsinstitutionen. Das Fatale an diesem Katalog ist, daß er in meinen Augen in jedem Punkt auf eine richtige Strategie verweist, und dennoch zutiefst verlogen bleiben muß. Was sich hier als Kompensation zu den Nebeneffekten rüdester Marktwirtschaft scheinheilig ausweist, wird gerade dadurch entwertet, daß es in einem anderen Kontext höchst wirksame Reformen begleiten bzw. selbst darstellen könnte. Es ist nicht das Gleiche, ob ein Neoliberaler auf unternehmerische Konzepte setzt, oder ob wir diesen Begriff im Sinne eines zivilgesellschaftlichen Umbaus begreifen. Es ist auch nicht das Gleiche, ob staatlich gewährte Autonomie nur die Verlagerung der Problemlösung auf die Empfänger unzureichender Finanzausstattung im Sinn hat, oder ob diese Autonomie eine Hochschule befähigt, Akteur im politischen Spiel zu sein und nicht in einer passiven Anstaltsrolle zu verharren. Weil aber die Rahmenbedingungen auch der Politik selbst ziemlich unklar sind, verschwinden die fundamentalen Bedeutungsdifferenzen unter einem Reformnomi-

nalismus, der absurde Fronten zeitigt: Allein durch die Wahl der Begriffe lassen sich heute aufwendige Begründungszusammenhänge abkürzen.

Ein besonders erhellendes Beispiel - die *Hochschulräte* - führt uns zum Verhältnis der Guten Hochschule gegenüber der Öffentlichkeit. Die moderne Organisationstheorie hat im letzten Jahrzehnt die Funktion und Gestalt sogenannter *Buffer Institutions* als Mittler- und Zwischeninstanzen sehr genau beschrieben und als taugliches Modell für Hochschulen und Hochschulsysteme dargestellt. Sie ist dabei gar nicht unmittelbar von einem wirtschaftspolitischen oder wirtschaftlich diktierten Konzept ausgegangen, weil z.B. Kapitalgesellschaften in Gestalt ihrer Aufsichts- und Verwaltungsräte ohnedies eine normierte Superstruktur haben. Die Vorstellung ist auch gar nicht so sehr, Kontrolle und Aufsicht effektiver zu machen, als durch spezielle Institutionen das unmittelbare Aufeinanderprallen voneinander abhängiger, stark interessen geleiteter Institutionen abzufangen. Von solchen *Buffer Institutions* wird eine hohe Übersetzungsleistung verlangt. (Es wäre reizvoll, von hier einen Exkurs zur Rolle der kritischen Intellektuellen in der Zivilgesellschaft zu beginnen; implizit taucht dieses Problem ohnedies in der gesamten Abhandlung auf). Funktionalistisch leuchtet jedem erfahrenen Hochschulpolitiker dieses Modell ein. Wenn etwa die Haushaltsverhandlungen oder das Durchsetzen von Hochschulentwicklung zwischen der Universität und dem Ministerium stattfinden, dann bewirkt jeder punktuelle Konflikt eine unmittelbare Ausstrahlung auf das Gesamtverhältnis und erzeugt so eine taktische Überkomplexität, die weder den Verhandlungsgegenstand noch den gebotenen Verkehrsformen angemessen ist. Um die funktionale Seite geht es mir auch nicht so sehr als um das Verhältnis der Hochschule zur Öffentlichkeit, das sich an solchen Zwischeninstanzen akzentuiert.

Wieder ist ein Blick in die USA geboten, auch zum Zweck der Differenzbildung. Private und staatliche Universitäten haben gleichermaßen *Boards of Regents* oder *Trustees*, mit relativ viel Macht ausgestatteten Verwaltungsräten, Aufsichtsräten und Kuratorien.

(Die Form variiert oft von staatlichem System zu System oder zwischen den Hochschulen, natürlich auch je nach dem zur Bewirtschaftung vorhandenen Vermögen der Universität und den daraus fließenden Erträgen.) Aber in einem ähneln sich fast alle amerikanischen *Boards*: Ihre tatsächliche Macht, z.B. gegenüber der Hochschulleitung und grundsätzlichen Strukturen der Hochschule beziehen sie nicht zuletzt aus der Legitimation, die ihre Mitglieder als Bestandteile der Öffentlichkeit in Anspruch nehmen. Es ist nicht schwer für die Universitäten, einen klassischen Satz der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften umzukehren. Während der hochschulpolitischen Debatte in Deutschland stand ein Satz im Mittelpunkt der Reformdiskussion: Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung, mit der eindeutigen und so gar nicht dialektischen Stoßrichtung der Verantwortung der Wissenschaft für die Gesellschaft. Die amerikanische Lesart beginnt zunächst mit der Verantwortung der Gesellschaft für die Wissenschaft, für die Hochschulen. In den USA ist diese Verantwortung unter anderem in der großen Bedeutung der Hochschulen für die Biographie eines großen Bevölkerungsanteils begründet, auch in der stark dezentralen Trägerschaft mit einer entsprechenden Basisverantwortung, die kommunitären Strukturen entspricht. Nun habe ich bereits im ersten Teil festgestellt, worin wesentliche Unterschiede zum Hochschulsystem der USA zu sehen sind. Was könnte denn Verantwortung der Gesellschaft für die Hochschulen bedeuten? Ich wähle drei Bestimmungen: Teilnahme, Teilhabe und Mitbestimmung. Alle drei sind das Ergebnis einer Konstruktion, die mir für den republikanischen Kulturstaat ganz selbstverständlich erscheint, sich aber dem preußischen Verwaltungsdenken und der daraus folgenden Politik offensichtlich permanent verschließt: Wissenschaft und vor allem Hochschulen sind, unabhängig von der Trägerschaft, nicht Staatseigentum, sondern im weitesten Sinn Eigentum des Volkes, jedenfalls der kompetenten Öffentlichkeit. Anders ist ja die notwendige Staatsferne der freien und unabhängigen Wissenschaft gar nicht denkbar, wenn wir sie nicht den Staatszwecken unmittelbar unterordnen oder einem unregulierten

Markt ausliefern, der alle nicht unmittelbar verwertbaren Disziplinen innerhalb kürzester Zeit vernichten würde. Zwar findet sich in der Autonomiedebatte immer wieder die Figur eines Staates, der eine Autonomie schützt, in die er nicht eingreift, aber diese Figur bleibt doch solange an der ideologischen Oberfläche, solange die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt sind und der Staat sich eben doch wie ein Inhaber durch seine Exekutive (bisweilen auch durch die Parlamente) alle Rechte gegenüber den Hochschulen herausnehmen kann. Dabei kommt es zwangsweise zu jenem Konflikt, der bis zur Reform des Hochschulrahmengesetzes aus dem Paragraphen 58 erwächst: Danach sind die Hochschulen „Körperschaften des öffentlichen Rechts“ und zugleich „staatliche Einrichtungen“. Die Nähe von Staat und Gesellschaft, von Öffentlichkeit und regulierter Anstalt, bewirkt Verfassungskonflikte, organisatorische Unsicherheiten, aber sie ist vor allem dafür verantwortlich, daß das Interesse der Öffentlichkeit, sein Eigentum auch anzutreten, gar nicht hinreichend geweckt ist. *Teilnahme* als erste der drei Bestimmungen für ein Zusammenwirken von Gesellschaft und Hochschule setzt aber interessierte Informiertheit voraus, und das Interesse selbst speist sich, wenn nicht aus dem Eigentumstitel selbst, so doch aus der Erkenntnis, daß die Hochschule, die Wissenschaft, nicht von den eigenen Interessen unbeeinflusste Planetenbahnen ziehen, sondern sehr wohl in einer Wechselbeziehung zur konkreten Gesellschaft, ihrem Zustand, ihren Perspektiven, ihren Problemen und ihren Problemlösungsvorbehalten steht. Wenn diese Wechselbeziehung dem reinen Markt ausgeliefert oder der staatlichen Verwaltung überantwortet wird, ergibt sich jeweils ein gleicher Effekt: Es interessiert sich niemand mehr für die Wissenschaft, außer es geht an den eigenen Geldbeutel. Dieses Desinteresse scheint mir im übrigen auch eine der sozialpsychologischen Ursachen dafür zu sein, daß Hochschulen immer nur als kostenverursachende Großbetriebe, aber nicht als Investitionsobjekte, sozusagen als gesamtgesellschaftlicher Anlagefonds, gesehen werden. Teilhabe also heißt, sich kompetent zum Schicksal der Wissenschaft und der Hochschulen äußern zu können, es zu wollen,

und eine aktive Position in der Hochschulpolitik zu beziehen, auch wenn man als Bürgerin oder Bürger nicht unbedingt unmittelbar von der Hochschule betroffen ist, also dort studiert, dort arbeitet, oder vor der Wahl steht, Absolventinnen einzustellen oder nicht, oder ein Forschungsprojekt zu plazieren. Im regionalen Zusammenhang hat diese Teilnahme gewaltige Folgen für die Legitimation von Hochschulen, deren universelle Ebene ja nicht die einzige ist, mit der sie ihre Existenz legitimieren.¹¹

Der Schritt zur *Teilhabe* führt nun das Prinzip der Reziprozität weiter: Das teilnehmende, politische Interesse der Öffentlichkeit, das sich ja primär aus seiner lebensweltlichen Basis speist, erhält eine konkretere Form auf der Systemebene. *Teilhabe* wird nur konkret, wenn es auf beiden Seiten Verbindlichkeit gibt, und diese wird nicht bloß durch Interesse, sondern durch Regeln, Anreize und Sanktionen befestigt, auch durch Vertrauen und bestimmte Verkehrsformen. Die Gefahr des einseitigen Interesses an der Hochschule durch die Öffentlichkeit besteht ja darin, ständig einen Katalog unbeantworteter Fragen und Bedürfnisse an die Wissenschaft heranzutragen, die Antworten aber vermittelt durch politische Machtausübung sozusagen in den Rücken serviert zu bekommen und vom eigenen Interesse abgespalten zu werden. Die *Teilhabe* der Öffentlichkeit muß nun darin bestehen, die Hochschulen zu einer sensiblen Rezeption und zugleich Kritik der an sie herangetragenen Fragen und Bedürfnisse zu bewegen, und zwar unabhängig davon, ob diese bereits dem wissenschaftlichen Diskurs unterworfen sind oder nicht. Diese Sensibilität sollte nicht mit einer Prioritätensetzung für die wissenschaftliche Forschung und Schwerpunktbildung verwechselt werden. Es geht in diesem Prozeß darum, daß sich Expertenkulturen und Laienkulturen einander verständlich machen, wobei die Übersetzungsleistung zugleich auf die Transparenz der Problemidentifikation und des erwünschten und geforderten Lösungsdruckes hinweisen. Was hier so kompli-

11 Vgl. Michael Daxner: Wissenschaftsregion ohne Grenzen. Vortrag am 29.01.1998 auf der deutsch-niederländischen Fachtagung in Oldenburg.

ziert aussieht, ist im Alltag der Universität ein bekanntes Phänomen: Wenn ein Förderverein, der überwiegend regionale und lokale Wirtschaftsinteressen und die lokale politische Klasse repräsentiert, auf bestimmte Schwerpunktsetzungen der Universität hinwirken möchte, dann wird hier genau jenes Basisbedürfnis an die als Teileigentum erkannte Institution herangebracht, das jetzt der Kritik bedarf - keine Universität, die etwas auf sich hält, kann es sich leisten, dem ständigen Rufen nach einer wirtschafts- und regionalstrukturellen Basisnähe ausschließlich zu folgen. Aber die Verteidigung der Mischung, dem Rücktransport der kulturellen, sozialen oder vielleicht bloß „gelehrten“ Beschäftigungen, die in den Augen des lokalen Managements unproduktiv sind, ist ein Akt von sehr viel höherer Zivilität, als es den Anschein haben mag. Hier verteidigt sich nicht einfach eine Institution, sondern hier wird ein Vermittlungsterrain überhaupt erst urbar gemacht, das vielfach längst von Vorurteilen oder auch der Angst, sichere Territorien zu verlassen, zugewachsen ist.

Es geht aber letztlich um die Mitbestimmung der Öffentlichkeit. Der Fehlschluß akademischer Introversion ist, vulgarisiert, ein doppelter: Zum einen werden Autonomie und Selbstverwaltung gleichgesetzt, zum anderen wird ein geschlossenes Referenzsystem unterstellt, in dem „die Wissenschaft“ am besten weiß, was „der Wissenschaft nützt“. Hier hat sich die vordemokratische Zunftbestimmung mit dem spezifischen Autonomiefeld verknüpft, das wirklich nur der deutschen Universität nach den Karlsbader Beschlüssen von 1819 eigen war.

Wir wollen nicht von Narrenfreiheit sprechen, im ersten Teil dieser Ausführungen wurde darauf hingewiesen, daß dem Gelehrtentypus innerhalb der Grenzen staatlicher Loyalität durchaus seine Erfolge beschieden waren. Wenn wir den Faden aber wieder aufnehmen, so stellen wir historisch fest, daß die Verbindung zwischen der Hochschule und der Öffentlichkeit außerordentlich prekär war und ist. Entweder wurden die Leistungen der Wissenschaft erst durch ihre politische Bewertung geadelt und nobilitiert, was nicht nur im Bereich angewandter Naturwissenschaften oder

Technologien recht eindeutige Indienstnahme für das jeweilige Herrschaftssystem bedeutete. So hat die Geschichtswissenschaft im späten 19. Jahrhundert mit der „Germanisierung“ der deutschen Geschichte eine entscheidende ideologische Unterstützung des deutschen „Sonderwegs“ geleistet, und was die „deutsche Physik“ einige Jahrzehnte später anrichten sollte, ist bekannt. Grob ausgedrückt: Damit der Souverän auch weiterhin für einen Großteil der Kosten eines Hochschulsystems aufkommt, braucht er identifizationsfähige Ergebnisse der Wissenschaft. Diese Identifikation hat, keineswegs nur in Deutschland, den Hochschulen über lange Zeit die Rechenschaftslegung und den Ausweis ihrer tatsächlichen Leistungen und Leistungsfähigkeit erspart. Umso detaillierter und skrupulöser hat sich der Ausdifferenzierungsprozeß der einzelnen Wissenschaften im internen Referenzsystem entwickelt, weshalb oft die Ehrenkodizes der *Scientific Community* wesentlich strenger und moralischer erscheinen als die selbstgegebenen Regeln im Umgang mit der Laienkultur (und den Politikern, die sich nicht eigene Expertenstäbe zur Dekodierung des wissenschaftlichen Arkans halten). Wenn das System intern und extern hinreichend leistungsfähig ist, d. h. in der Mehrzahl seiner Dimensionen diese Leistungsfähigkeit auch praktisch wirksam und politisch anerkannt ist, dann lautet die wenig differenzierte Legitimation für den Autonomieanspruch etwa so: Ein Mindestmaß an staatlicher Zuwendung steht uns zu, damit wir überhaupt Wissenschaft betreiben können, und wir sind auf das Vertrauen des Staates angewiesen, weil nur wir beurteilen können, wie wir das in uns investierte Geld am besten anlegen und mit unseren wissenschaftlichen Pfunden wuchern. Das Schlüsselwort lautet „Vertrauen“. Natürlich weiß jede staatliche Finanzpolitik sehr genau, daß die Wissenschaft bestimmte Arbeitsbedingungen und regulierungsfreie, hochprivilegierte Räume braucht, um sich überhaupt sinnvoll entfalten zu können - und das würde ja kein Reformier bestreiten. Es gibt aber Anlässe und Gründe genug, dem nicht mehr in einer Weise zu vertrauen, daß die Hochschulen für Staat und Gesellschaft wie eine Black Box arbeiten, in die man Produktionsmittel hineinstopft und

wünschbare oder wenigstens anerkannte Ergebnisse am anderen Ende herauszieht. Die Hochschulen müssen lernen, daß sie sich nicht nur vor der eigenen *Scientific Community* inhaltlich rechtfertigen müssen, wenn sie extern anerkannt, finanziert und mit Autorität bewehrt werden bzw. bleiben sollen. Eine opportunistische Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit nach den Kriterien von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und quantitativen Erfolgen, die die interne Rechtfertigung verraten würde, kann aber auch nicht funktionieren (an einer solchen Struktur ist das staatssozialistische Wissenschaftssystem mit gescheitert). Die Differenz zwischen der Binnenautonomie und der Fähigkeit, sich nachvollziehbare wissenschaftliche Arbeit zurechnen und bewerten zu lassen, ist die Grundlage jener *Mitbestimmung*, die keineswegs nur ein Einbringen der Öffentlichkeit in die akademische Selbstverwaltung ist (denn darum geht es letztlich bei der Tätigkeit der *Buffer Institutions*). Aus der Sicht der Hochschule ist es also der Dreischritt: Autonomie mit interner und externer Legitimation - Öffentlichkeit - Selbstverwaltung unter öffentlicher Mitbeteiligung; für die Öffentlichkeit muß dies aber bedeuten, daß eine legitimierte und leistungsfähige Hochschule nicht nur passiver Ort kontingenter Nachfragen nach Expertise sein kann, sondern sie selbst muß als Akteurin im gesellschaftlichen Spiel auch das Recht haben, mit ihrer wissenschaftlichen Kompetenz ungefragt und unbeauftragt zu intervenieren. Regeln für diese Mitbestimmung setzen einen wahrscheinlich längeren Lernprozeß voraus, als die Einrichtung von Kuratorien, Hochschulräten oder ähnlichen Institutionen benötigt. Sie sind auch politisch eher der zweite Schritt, aber unabdingbar, wenn die Hochschule ihre Zentralität behaupten will. Und die konkludierende Pointe dieses Abschnittes ist, daß eine gute Universität, die sich auf dem Weg zur zweifachen Öffnung gegenüber der Öffentlichkeit und für diese Öffentlichkeit befindet, nicht nur in der Forschung, sondern auch im Studium und in der Lehre den Schritt von der Simulation der Praxis zur Verbindung mit der Praxis leisten kann und soll, immer mit dem vorlaufenden Proprium

der Theorie, der dieser Öffentlichkeit nicht gewährten Alltagsrelevanz.

IV

Auf meiner Suche nach der Guten Universität habe ich im Grunde einige wenige Forderungen mehr oder weniger ausführlich umkreist und begründet: Wissenschaft und Öffentlichkeit müssen in einer bestimmten Weise kommunizieren, damit die Hochschule ihren Rang als zentrale Institution einer zivilen Gesellschaft behält. Nicht Alltäglichkeit und Praxisdistanz sind Voraussetzungen, wissenschaftliche Ausbildung, Forschung und Entwicklung im nächsten Schritt zur Lösung wichtiger Probleme gebrauchen zu können. Das Verhältnis von individuellen und institutionellen Freiheiten muß so geordnet werden, daß die individuellen Freiheiten nicht in unverbindliche Beliebigkeit abgleiten und daß die Hochschule selbst die Autorität einer politischen Akteurin erhält. Die Standortideologie, die ich eingangs kritisiert habe, drückt schwer auf die aktuelle Realität, sie ist aber hochschulpolitisch unschwierig zu dekonstruieren. Was aber ist meine Gute Universität? In einem unscheinbaren Satz zu Beginn meiner Ausführungen habe ich festgestellt, daß es die „guten“ und die „anderen“ Hochschulen gibt, und wer sich bis hierher durchgelesen hat, wird einsehen, daß es bei dieser Differenzierung nicht um ein Ranking entlang einer eindimensionalen Skala geht. Die Binsenweisheit sagt sich so leicht: Natürlich wollen wir immer die *besten* wissenschaftlichen Leistungen und Ergebnisse, mittelmäßige sind wenig tauglich, und schlechte brauchen wir natürlich gar nicht. Hier wird der Ökonomie ein Modell abgeschaut, das auf die Wissenschaft und die Hochschulen nicht anwendbar ist.

Behalten wir den bildungsökonomischen Ausgangspunkt in Erinnerung und nähern wir uns der Hochschule einmal ganz anders: Eine Ansammlung mehr oder weniger funktionaler Gebäude, meist in städtischer Umgebung. In diesen Gebäuden und den Freiflächen dazwischen verbringen Studierende, Lehrende, Forschende, aber

auch Hochschuladministratoren, Angehörige, fliegende Händler, Flaneure, Passanten unterschiedliche Anteile ihrer Lebenszeit. Die Hauptbeteiligten: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Studierende, Dienstleistungspersonal. Das Ensemble folgt einem Repertoire von Regeln, das sich in den meisten Hochschulsystemen nur unwesentlich voneinander unterscheidet. Jedes Land, jedes Hochschulsystem, jede Hochschulart hat ihre Einrichtungen mit einem mehr oder weniger für sich sprechenden Namen. In dem Namen ist reale Geschichte, vor allem aber Legende und eine symbolische Qualitätszuschreibung enthalten, die mehr oder weniger gut von denen, die es angeht, entschlüsselt werden kann oder fehlinterpretiert wird.

Lassen wir einmal den internationalen Vergleich, fragen wir uns, worin sich die Assoziationen, die wir bei der Nennung von Göttingen, Heidelberg, Oldenburg, Vechta, Bayreuth, der Fachhochschule Merseburg, der Fachhochschule Heide, der Folkwangschule Essen und der Universität Witten-Herdecke haben, von den Rankings in SPIEGEL oder FOCUS unterscheiden, von den Ansichten, die Eltern, Journalisten, Politiker oder Hochschulforscher haben. Worauf kommt es an? Wir wissen „unheimlich“ viel über die einzelne Hochschule, selbst wenn wir gar nichts Empirisches von ihr kennen, aber wahrscheinlich haben wir große Schwierigkeiten, zu rekonstruieren, woher wir dies wissen. Bei der Rekonstruktion dieses Wissens hilft uns vielleicht die Frage, *wofür* denn die einzelne Universität oder Hochschule gut sein soll, d. h. zu welchem Zweck man sie besucht oder erwähnt.

V

Verlassen wir uns nicht auf Ahnungen und Legenden, obwohl diese bei der Bestimmung einer Guten Universität sicherlich auch eine Rolle spielen. Wir müssen schon um der Nachfragenden willen angeben können, wofür eine bestimmte Universität besonders gut ist, und an welchen Merkmalen jemand seine Wahl - als Studentin oder Auftraggeber für Forschung, als Fragesteller oder Geschäfts-

partner - orientiert. Die erste Bestimmung ist einfach: Nicht die inhaltliche Aufzählung dieser Merkmale ist relevant, sondern daß die Hochschule solche aufzuweisen hat. Das geht über eine Profilbildung, wie sie allenthalben betrieben wird, hinaus: Bei dieser Profilbildung, die auch von der Rektorenkonferenz und der Politik gefördert wird, geht es nämlich meistens nur darum, stereotype Qualitäten, die zum landläufigen Reformdiskurs gehören, nachzuweisen - etwa Bachelor-Studiengänge einzuführen, ein Controlling anzuwenden oder einen Studiengang anzubieten, den zwar niemand anderswo anbietet, der aber gleichwohl in das nachgefragte Schema paßt. Solche Profilelemente können zu den Qualitätsmerkmalen guter Hochschulen zählen, aber sie reichen als bloß vorhandene nicht aus. Die besonderen Merkmale treten gerade dann zutage, wenn die Hochschule empirisch und bis in die tiefe Transparenz eine Reihe von Merkmalen aufweist, die sie nicht von anderen guten Hochschulen unterscheidet, sondern gerade mit ihnen verbindet. Vor hundert Jahren hätte man hier auf den „Wesensbegriff“ rekurriert, nach dessen Dekonstruktion ist das Unterfangen nicht mehr so einfach. Alle guten Hochschulen arbeiten *interdisziplinär*, *problemorientiert* und *themenübergreifend*. Ist das nicht trivial? Keineswegs, wenn man die Randbedingungen dieser Bestimmungen wirklich ernst nimmt und nicht als leere Etiketten. Zur *Interdisziplinarität* gehört eine quantitative Mindestbreite und Vielfalt verknüpfter Wissenschaftsbereiche, und zwar nicht nur in Studiengängen und Forschungsgebieten, sondern auch in den Köpfen und der Kommunikation der Lehrenden - mit dem Ziel der Übertragung auf die Studierenden. *Problemorientierung* konstituiert sich nicht schon durch die Aufzählung der Probleme in einer Prüfungsordnung oder daß sie an die Hochschule von der öffentlichen Meinung herangetragen werden, sondern sollte sich schon an den Grundsätzen messen lassen, die ich im zweiten Abschnitt aufgestellt habe. *Themenübergreifendes Studium* ist nicht einfach ein Studium Generale oder eine allgemeinbildende Komponente, sondern sie hebt die einseitige Berufsorientierung der angebotenen Abschlüsse auf.

Wir sehen also, daß sich hier bereits ein großer Raum für Qualitätsbestimmung auftut. Ein weiterer öffnet sich, wenn wir an die Forderung nach der intellektuellen Qualität des Hochschulprodukts erinnern. Der Erfolg der instrumentellen Qualifikation erweist sich hart und schnörkellos am Markt, den die Absolventinnen und Absolventen betreten, aus dem die Forschungs- und Entwicklungsaufträge kommen. Die Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, die diesen Markt bestimmen, ist nicht schon ein Ausweis wissenschaftlicher Qualität oder gar intellektueller Aktion.

Dieser boshafte Hinweis ist notwendig, wenn man die populäre Kritik von vorgeblich rechts und links an bestimmten Hochschulpraktiken darstellt: Die rechte Kritik spiegelt die Überzeugung vor, man bräuchte nur deregulieren und der Wissenschaft ihren marktformigen Lauf lassen, dann würden die Ergebnisse unter Kostendruck und Marktprofilierung schon den gewünschten Nutzen bringen. Die Kritik von links, wenn sie sich etwa an der Gentechnologie, den Tierversuchen oder bestimmten Forschungsschwerpunkten reibt, argumentiert auch nicht von „jenseits des Marktes“, sondern gegen den Markt. Diese vorgeblich fortschrittliche Kritik ist meines Erachtens deshalb schädlicher und gefährlicher als die konservative, weil sie ein offensichtliches Problembewußtsein gerade nicht entstehen läßt, indem sie von allen Produktionsbedingungen wissenschaftlicher Erkenntnis abstrahiert und einen „platonischen Kampf“ führt. Damit wird aber die intellektuelle Auseinandersetzung, die zu einer Politisierung führen muß, behindert.

Das Stichwort ist gegeben: Eine Gute Universität weist einen hohen Anteil *intellektueller Durchdringung* ihrer eigenen Strukturen und Arbeitsfelder auf. Was bedeutet das? Die Antwort muß keineswegs im Bereich eines vagen Wissens um die Rolle von Intellektuellen bzw. intellektuellen Institutionen beschränkt bleiben. Auch wenn heute Intellektuelle nicht mehr die singuläre Rolle säkularisierter Propheten haben, „Zola: J'accuse!“ - und Günther Grass mit seiner Laudatio zum Friedenspreis nur ein Nachklang ist -, so bleibt doch die subversive und zugleich gesellschaftskonstituierende Funktion der Intellektualität unvermindert bedeutsam: Es

ist die Intervention des Wissens, des Verstehens von Voraussetzungen und Folgen, in den gesellschaftlichen Raum hinein, ihn damit politisierend. Das unterscheidet die intellektuelle Position von der Auftragsmentalität des Gelehrten, und komme diese auch nur durch ideologische Selbstbeauftragung zustande. Die unaufgeforderte und auftragsfreie Explikation von Zusammenhängen im Feld der Wissenschaft ist jener Bereich, in dem Hochschulpolitik Gesellschaftspolitik in großem Stil sein sollte. Die Laienkultur begegnet der Wissenschaft, unterstützt vom dezidiert anti-intellektuellen Populismus der politischen Klasse, mit der Haltung „Risiken, aber auch Chancen“ oder „Chancen, aber auch Risiken“. Je nach der asymmetrischen Polarität wird dann einer wissenschaftlichen oder technischen Aussage ein positives oder negatives Gewicht gegeben - wenn wir an die Verantwortung der Gesellschaft für ihre Hochschulen denken, sind die Folgen leicht ablesbar. Die intellektuelle Aktivität beschränkt sich nun nicht darauf, den Sinn wissenschaftlicher Forschung oder auch die Hermeneutik wissenschaftlicher Aussagen begreifbar zu machen, sondern ihre Bedeutung in die Macht-Dispositive der Gesellschaft einzutragen. Da geht es dann nicht einfach darum, die Risiken und Nebenwirkungen einer wissenschaftlichen Erkenntnis, eines Resultats oder einer bestimmten Methode abzuhandeln. Es geht auch nicht nur um Folgenabschätzung, sondern es geht darum, ob und in welchem Zusammenhang ein wissenschaftliches Objekt zum Instrument der Aufklärung oder Emanzipation eines breiten Publikums werden kann, das dadurch an Kompetenz gewinnt, mit Wissenschaft umzugehen und dadurch wiederum sein Eigentumsrecht besser antreten zu können. Wenn dieses Projekt gelingt, dann ist in der Tat ein Stück gesellschaftlicher Fortschritt vorstellbar.

Ein solches intellektuelles Argument ist einer kritischen und jedenfalls politisierten Expertenkultur unschwer nahezubringen. Aber es hat nicht den Anschein, als würde es in all seinen Dimensionen ernstgenommen. Die Art und Weise, wie Hochschulen etwa sich selbst um interdisziplinäre Breite bringen oder gerade in den Geistes- und Kulturwissenschaften das Argument des gelehrten Ar-

chivs und nicht der gesellschaftlichen Wirksamkeit zur Rechtfertigung ihres Erhalts anwenden, machen skeptisch.

Der erste Schritt des Arguments wird sicherlich von vielen Hochschulpolitikern und Universitätsangehörigen geteilt. Jeder Aspekt von Wissenschaft, besonders, wenn er transdisziplinär aufgebrochen wird, kann seine gesellschaftliche Bedeutung offenbaren. Ich habe das kürzlich bei einer Veranstaltung für Studienanfänger versucht, an einem einfachen Beispiel darzustellen. Carlo Ginzburgs¹² minutiöse Darstellung der Hexenverfolgung in der Renaissance bringt eine Fülle historischer, soziologischer, mentalitätsgeschichtlicher und psychologischer Daten und Fakten, die disziplinär im Feld der „neueren Geschichte“ zusammengefaßt sind und durchaus noch zum Kanon der überall anzutreffenden Ausbildung von künftigen Geschichtslehrern und Magistern gehört. Nun wird jede Lehrende darauf hinweisen und jeder Student verstehen, daß es Analogien zwischen den spätmittelalterlichen Mechanismen von Macht und Interessen gegenüber der öffentlichen Meinung, gegenüber dem Aberglauben und den Drohungen durch Kirche und Inquisition zum heutigen Verhältnis gibt. In bezug auf Schuldzuweisungen über die Verbreitung der Pest ist die Analogie zu Aids naheliegend, bis in die Begriffe hinein: Schwulenpest, und die Ghettoisierung von Aussätzigen hat sicherlich ihr Gegenstück in den Isolationsphantasien von Peter Gauweiler. Gute Wissenschaft wird hier ein breites Feld interdisziplinärer Tätigkeit finden, die politischen Wissenschaften können sich hier am Antisemitismus oder an der Haltung der Kirche zur Homosexualität ihr Feld schaffen, die Theologie muß sich neben den Schuldvorwürfen auch die Neigung der christlichen Kirche, abstruse Ideologien zu instrumentalisieren, vornehmen; Medizin, Aufklärung, Verhalten, Pädagogik, Psychologie, Sterbeberatung bis hin zu den Krankenkassen könnten hier thematisiert werden. Das ist nicht der Regelfall des akademischen

12 Carlo Ginzburg: Hexensabbat. Berlin 1989.

Unterrichts, aber wäre er es, hätten wir schon einen Fall von „guter Wissenschaft“.

Die Gute Universität beginnt aber erst in der zweiten Stufe, wenn die so sich entfaltende Intellektualität öffentlich wirksam wird, d. h., das jeweilige Anliegen durch Intervention zu einer öffentlichen Sache, einer *res publica*, macht. Die isolierte Erkenntnis der Analogie historischer Sachverhalte, also Aufklärung durch historische und systematische Wissenschaft, erzeugt im studentischen Individuum bestenfalls eine kritische und differenzierte „Haltung“ zur aktuellen gesellschaftlichen Wirklichkeit. Mit der institutionellen Legitimation der Hochschule im Rücken kann aus dieser Haltung der Mut zur Öffentlichkeit, die Zivilcourage, Wissenschaft als Instrument in der politischen Auseinandersetzung um die Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen werden. Hier ist ein pädagogisches Element inhärent, aber nicht dominant; es ist ein stärkeres Moment dort zu sehen, wo ein derartiger Prozeß die Verantwortung an die Gesellschaft zurückspielt. Wenn der kritische Forschungsprozeß sich mit Fragen beschäftigt, die nicht oder falsch gestellt wurden, so ist die intellektuelle Äußerung der Hochschule vor allem das Präsentieren von Antworten, für die es keine gesellschaftlich gestellten Fragen gibt, obwohl der Problemdruck evident ist. Wenn dies zum institutionellen Programm einer Universität wird, ihr Leitbild über dem pragmatischen Fahrplan, dann ist sie gut und kann ihre Profilbildung getrost vorantreiben. Wie so etwas geschehen kann, steht auf einem anderen Blatt, aber wir haben genügend Beispiele dafür, daß es geschehen kann. Eine solche Interventionsmacht muß in der Institution gewollt werden, sich also über den erfolgsorientierten Quietismus der meisten Forscher erheben, es muß eine kritische Masse von Lehrenden, Forschenden und Studierenden vorhanden sein, um den Anspruch in der Öffentlichkeit auch überindividuell deutlich zu machen. Kurzfristige Einzelprojekte und Programme reichen nicht aus, d. h., daß eine bestimmte Geschichte und Tradition auch gewollt ist (ein naheliegendes Beispiel ist die anti-utilitaristische Gründungsidee der Universität Göttingen), und die Hochschule nicht mit diesem An-

spruch wirbt, um als Akteurin im politischen Geschäft ernstgenommen zu werden. D. h., sie muß institutionell Autorität gewinnen als Ort, von dem her die Intervention bereits erwartet wird und nicht einfach fallweise, transportiert über Individuen, kommt oder ausbleibt. Das ist nicht alles, aber es ist sehr viel.

VI

Wie weit lassen die bestehenden rechtlichen, institutionelle und systemischen Strukturen die Verwirklichung solcher Gedanken zu? Und wie weit sind die lebensweltlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß gute Hochschulen tatsächlich entstehen, daß die Differenzierung nicht von vorneherein Gewinner und Verlierer nach Begabung, Attraktivität, Auftreten und Wirkung produziert?

Trotz der geringen Bedeutung des Hochschulsystems für die politischen Weichenstellungen der nächsten Wahlen und Regierungsstrategien zeichnet sich ein Wandel gegenüber der Stagnation der 80er und frühen 90er Jahre ab. Die ultrastabile Lethargie des Systems ist durch eine Reihe kontingenter Ereignisse und durch einen neuen politischen Zungenschlag erschüttert, der zunächst einmal mit Hochschule nichts zu tun hat. Die Unfähigkeit der Regierungswissenschaften (Jurisprudenz, Sozialpolitik, Wirtschaftswissenschaften, wohl auch Pädagogik und Sozialtechnik), mit den evidenten Problemen dieser Gesellschaft (Arbeitslosigkeit, Sicherheitsbedürfnis, Umweltzerstörung, Mediendiktat etc.) umzugehen, hat eine neue, sekundäre Legitimationskrise der Wissenschaften befördert (die erste konnte sich noch auf Fortschrittspolarisierung und Ambivalenz konzentrieren). Damit ist die Wissenschaft im Zugzwang, ihre Brauchbarkeit und Kompetenz nicht nur der politischen Klasse, sondern der Öffentlichkeit nachhaltig unter Beweis zu stellen, weil ja offensichtlich die ihr zugeschriebenen innovativen Fähigkeiten einfach nicht greifen wollten, wenn man die soziale und ökonomische Situation des Nationalstaats Deutschland isoliert betrachtet, und zu dieser Betrachtung neigt nun einmal ein Großteil der Bevölkerung, von der Politik darauf geradezu fixiert.

Diese Brauchbarkeitsdiskussion erzeugt zunehmend Unsicherheit, ob überhaupt die richtigen Fragen gestellt werden, und wenn ja, wer sie an wen stellen kann, und erst danach wird nach den Antworten gefragt. Das ist für unser Anliegen eine günstige Situation, weil die Reibungen zwischen der Experten- und der Laienkultur zu immer neuen Friktionen führen. Die gravierende Unterfinanzierung steht im krassen Widerspruch zu den steigenden Anforderungen und Zumutungen an die Wissenschaft. Dort, wo diese sich nicht sklavisch den Gegebenheiten unterwirft, sondern Widerstand und Rückgrat zeigt, werden aber genau die Probleme transparent, die ich mit der ausstehenden intellektuellen Option angesprochen habe. Hier zeigt sich, daß die Provokation nicht aus der Forschung allein kommen kann, sondern an den Hochschulen ihren besonders legitimen Ort findet, weil hier ja auch zugleich millionenfach die künftige Generation mit dem Auseinanderfall allgemeiner Wertzuschreibungen und individueller biographischer Chancen konfrontiert wird. Der neue Zungenschlag also bringt ein tendenziell offenes Feld für Reformen hervor, auf dem sich allerdings noch keine eindeutige Richtung und Tendenz erkennen läßt. Aber da gibt es noch eine Reihe von kontingenten Ereignissen, die uns beim Aufbrechen der alten Strukturen behilflich sind. Die durch die Inkompetenz der Regierungen und die fehlende soziale Sensibilität mutwillig provozierte Krise der Studienfinanzierung hat zu einer nicht mehr zurückdrängbaren auch öffentlichen Diskussion über diesen Problembereich geführt. Heute ist ohne Bafög bzw. die Alternativen dazu kein hochschulpolitisches Thema mehr zu diskutieren, weshalb die Studierenden aus ihrer idealisierten Lehrgestalt ökonomische und soziale Realkonturen annehmen, mit einem entsprechenden Drohpotential gegenüber den Politikern (leider haben das die Studentinnen und Studenten noch nicht gemerkt und verhalten sich wie die gekränkten und zu kurz gekommenen Angehörigen einer deprivierten Klasse). Ohne diese Diskussion ist meine Vermutung, daß wir angesichts der Situation der öffentlichen Träger längst ein Studiengebührensysteem mit erheblichen Umschichtungseffekten hätten.

Ein weiteres Element des Aufbruchs liegt darin, daß die Tradition des beamteten Staatsdieners für die Wissenschaft ein absehbares Ende haben wird. Die Zerstörung der Staatsnähe wird aber einen doppelten Effekt haben: Auf der einen Seite wird sie jenen Marktrealismus befördern, der den Hochschulen aufgibt, auch außerhalb profitabler Aufträge ihren wissenschaftlichen Kosmos zu verteidigen, und auf der anderen Seite entsteht jene Möglichkeit, sich stärker mit der Gesellschaft auszutauschen, ohne auf die Vermittlung durch die staatliche Exekutive angewiesen zu sein.

Ein drittes Element ist die Globalisierungsdebatte und die Tatsache, daß sich die internationale *Scientific community*, aber auch die konkreten Formen kollektiver wissenschaftlicher Tätigkeit nicht mehr an die Grenzen des Nationalstaats, sondern an supranationale Strukturen und regionale Opportunitäten halten, weshalb die Schwächung des Kohärenz erzwingenden Nationalstaates hier auch wiederum Öffnung und den für eine Reform notwendigen unsicheren Boden bereitet. Wir brauchen nicht die Hochschule und die Hochschulpolitik neu zu erfinden, wie das der begriffliche Großunternehmer des Zeitgeistes, Ulrich Beck, so gerne möchte. Wir wissen, was not tut, um Gute Universitäten herzustellen, zu betreiben, und am Leben zu erhalten. Wir müssen uns nur die Freiheit nehmen, dieses Wissen anzuwenden. Das „nur“ wird die Hochschulpolitik der nächsten Jahre bestimmen.

VII

Wissenschaft und Universitäten sind langsame Systeme. Wir können sie nicht in der gewünschten Qualität gründen oder in die Welt setzen, und selbst eine umfassende und im Konsens geteilte Reform braucht längere Zeit, um wirksam zu werden. Das, was sich heute als Hochschulpolitik darstellt, ist kurzatmig, verzichtet auf die Pflege der Randbedingungen des Gelingens und kennt seine Subjekte nicht, weder in der Öffentlichkeit noch in der Hochschule. Ich kreise immer wieder um die Forderung von Jaspers, die Universität solle ein Forum für die Fragen der Zeit sein. Um das zu

bewerkstelligen, muß die Öffentlichkeit bereit sein, einen Vertrauensvorschuß zu leisten, damit diese Fragen an der Guten Universität definiert werden, die dafür nötigen Begriffe dort gesetzt werden. Solches ist wiederum nur möglich, wenn die Hochschule kompetent zum Mittel hat, mit genügend sensibler Rezeptivität die Probleme der Zeit aufzugreifen und zu thematisieren, d. h. wissenschaftlich zu verarbeiten. Von daher ist eine gute Universität eine Einrichtung des Widerstandes, und zwar gleich an mehreren Fronten: Zum einen muß sie sich widerständig gegenüber den Zumutungen des angeblich gesunden Menschenverstandes zeigen, der nur die rationale Form jenes fatalen Volksempfindes ist, das Komplexität nicht etwa reduziert, sondern gleich gar nicht wahrhaben will. Zum zweiten besteht Anlaß genug, die 'Idolisierung' des Wissens bzw. die politische wohlfeile Attitude des Nichtwissens gleichermaßen zu kritisieren. Das heißt, daß Widerständigkeit entwickelt werden soll gegen zwei Behauptungen: Die eine, daß es kein unnötiges Wissen gäbe, die Hauptsache, daß es wissenschaftlich gefunden und gesichert wird und von der *Scientific Community* anerkannt; die andere, daß kein Wissen die Wissenschaft selbst in die Lage einer Akteurin versetzt, die der Politik immer das letzte Wort lassen muß, weil Wissen eben nicht „Macht“ bedeutet, wenn es um Entscheidungen geht, die die ganze Gesellschaft oder wesentliche Strukturen derselben betreffen. Und ein weiteres Widerstandspotential ergibt sich aus der Tatsache, daß die kompetente Öffentlichkeit nicht mehr ertragen kann, daß es eine so breite Kluft zwischen den akademischen Expertenkulturen und den öffentlichen Laienkulturen gibt, wobei die Unterscheidung mittlerweile auch pragmatisch sehr schwierig ist, da die Begriffe zwischen beiden Sphären frei flottieren. Wissensgesellschaft macht begrifflich als Ablösung der Arbeits- und Freizeitgesellschaft, wenn überhaupt, nur Sinn, wenn der Begriff die Zwecke und die Verwendung von Wissenschaft zur Problemlösung impliziert. Die eingebaute Kritik an der Realität kann aber nur in einer Hochschulreform verwirklicht werden, die den Hochschulen den Status von aktiven Akteurinnen und nicht bloß passiv betroffenen

Institutionen im Spiel der Macht zugesteht. Eine Gute Universität wird die sein, die nicht in hybrider Selbstbeauftragung entscheidet, was sie gegenüber der Gesellschaft als relevant erklärt; sondern eine, von der die Gesellschaft die Kritik, ihre Prioritäten nachvollziehbar, rational und empirisch fundiert ablesen kann.

Womit wir einen Kreis geschlossen haben, sowohl zur notwendigen Autonomie des einer Gesellschaft Dienste leistenden Unternehmens Universität als auch zu einer Persönlichkeitsbildung, die überhaupt erst einlösen kann, was vom Individuum in Zukunft gefordert wird. Die Diskussion um die eigentlichen Zwecke der Hochschulreform setzt jenseits jener organisatorischen Maßnahmen an, die wir jetzt durchführen müssen, damit Hochschulen überhaupt die Chance haben, in ihrer zentralen Funktion institutionell weiterzubestehen. Es wird eine Diskussion sein, in der die Versittlichung durch und die Politisierung mit Hilfe von Wissenschaft als ein zentrales Element einer zukunftsorientierten Zivilisation angeeignet wird.

Autor

MICHAEL DAXNER (1947)

Dr. phil., Dr. h.c., Universitätsprofessor für Hochschuldidaktik, Präsident der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg seit 1986.

Studien an den Universitäten Wien und Freiburg/Brsg.; 1972 Promotion zum Dr. phil. 1971 bis 1974 Arbeit im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung; Kommission für Hochschulplanung beim BMWF. Vertreter bei OECD-CERI Projekt IMTEC (Paris) und bei EUROSED (Europarat, Straßburg). 1974 Ernennung zum Professor für Hochschuldidaktik an der Universität Osnabrück. 1983 bis 1984 Forschungsaufenthalte in den USA; 1985 bis 1986 Dekan des Fachbereichs Erziehung und Kulturwissenschaften der Universität Osnabrück.

Zur Zeit u.a. wissenschaftlicher Vertreter im CC-HER des Europarates, Mitglied des Senats der „Stiftung Niedersachsen“, des Kuratoriums der Akademie der Wissenschaft und Gesellschaft und des Senats der HRK.

Veröffentlichungen zu Fragen der Hochschuldidaktik, Hochschulpolitik und zu Jüdischen Studien. Neuere Erscheinungen: Entstaatlichung und Veröffentlichung. Die Hochschule als republikanischer Ort (Köln 1991); Die Wiederherstellung der Hochschule (Köln 1993); Ist die Uni noch zu retten? (Hamburg 1996).

Oldenburger Universitätsreden

Vorträge · Ansprachen · Aufsätze

Über die Lieferbarkeit der Ausgaben Nr. 1 bis Nr. 70 gibt das Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, Postfach 25 41, 26015 Oldenburg, Tel.: 0441/798-2261 Auskunft.

Nr. 71 Keupp, Heiner: Universitäten im Abseits? - Leben und Arbeiten an der Hochschule heute. - 1995. - 35 S.

ISBN 3-8142-1071-9 DM 6,00

Nr. 72 Havekost, Hermann: Wandlungen in der wissenschaftlichen Information. - Die moderne Bibliothek als Bindeglied zwischen Forschung und Lehre. - 1995. - 45 S.

ISBN 3-8142-1072-7 DM 6,00

Nr. 73 Vring, Thomas von der: Das Europäische Parlament im politischen System der EG/EU. - Grenzen und Möglichkeiten bei der Gestaltung der Gemeinschaftspolitiken. - 1995. - 23 S.

ISBN 3-8142-1073-5 DM 6,00

Nr. 74 Gotthilf Hempel zur Ehrenpromotion. - Mit Beiträgen von Michael Daxner, Peter Janiesch, Max Tilzer, Horst Kurt Schminke und Gotthilf Hempel. - 1995. - 50 S.

ISBN 3-8142-1074-3 DM 6,00

Nr. 75 Fünfzig Jahre Nikolaus Kopernikus Universität Thorn. - Zwei Vorträge und ein Grußwort. - 1995. - 35 S.

ISBN 3-8142-1075-1 DM 6,00

Nr. 76 Szymanski, Mirosław S.: Die Kinderfreundebewegung in Polen. - 1995. - 45 S.

ISBN 3-8142-1076-X DM 6,00

Nr. 78 Tacke, Alfred: Globalisierung der Wirtschaft. - Zwei Vorträge. - 1996. - 45 S.

ISBN 3-8142-1078-6 DM 6,00

Nr. 79 Akademischer Bürgersinn und politische Verantwortung. - Der Ehrenbürger Horst Milde. - Mit Beiträgen von Michael Daxner, Peter Singer und Horst Milde. - 1996. - 31 S.

ISBN 3-8142-1079-4 DM 6,00

Nr. 80 Christian Graf von Krockow. - Brücken bauen und Vertrauen schaffen. - Vorträge und Reden aus Anlaß der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Christian Graf von Krockow. - 1996. - 45 S.

ISBN 3-8142-1080-8 DM 6,00

Nr. 81 Hengsbach, Friedhelm: Brauchen wir einen „neuen“ Sozialstaat? - Zur Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme. - 1996. - 35 S.

ISBN 3-8142-1081-6 DM 6,00

Nr. 82 Klattenhoff, Klaus: Individuum und Gesellschaft. - Studie mit Beispielen aus der Erziehungsgeschichte. - 1996. - 35 S.

ISBN 3-8142-1082 DM 6,00

Nr. 83 Wragge-Lange, Irmhild: Kritische Medienerziehung als Teilaspekt der Schulpädagogik. - 1996. - 39 S.

ISBN 3-8142-1083-2 DM 6,00

- Nr. 84 Bodenheimer, A.R.: Jüdische Studien an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. - Reden und Ansprachen zur Eröffnung des Studiengangs. - 1996. - 72 S.
ISBN 3-8142-1084-0 DM 6,00
- Nr. 85 Zielinska, H.; Schulz, R.; Nalaskowski, A.; Bybluk, M.: Polnische Pädagogik in der Zeit der Wende. - Vier Vorträge in Oldenburg. - 1996. - 64 S.
ISBN 3-8142-1085-9 DM 6,00
- Nr. 86 Neumüller, Heinz: Ehrensenator der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. - Dokumente des Festaktes am 13. Dezember 1996. - 1997. - 14 S.
ISBN 3-8142-1086-7 DM 6,00
- Nr. 87 Fischer, Ernst Peter: Wertvolle Wissenschaft. - Über ästhetische Aspekte eines modernen Abenteurers namens Wissenschaft. - 1997. - 30 S.
ISBN 3-8142-1087-5 DM 6,00
- Nr. 88 Winter, Klaus: Die Entwicklung nationaler Bildungssysteme unter den Bedingungen der europäischen Vereinigung. - 1997. - 39 S.
ISBN 3-8142-1088-3 DM 6,00
- Nr. 89 Schulte, Dieter; Hoffmann, Jürgen; Sattler, Hans-Jürgen; Siebel, Walter: Strategien für mehr Arbeit und soziale Gerechtigkeit. - 1997. - 67 S.
ISBN 3-8142-1089-1 DM 6,00
- Nr. 90 Busch, Barbara: Berthold Goldschmidt als Opernkomponist. - Vortrag und Grußworte zur Eröffnung einer Ausstellung im Rahmen der Jüdischen Studien. - 1997. - 37 S.
ISBN 3-8142-1090-5 DM 6,00
- Nr. 91 Kalimi, Isaac: Das Chronikbuch in der jüdischen Tradition von Daniel bis Spinoza. - 1997. - 74 S.
ISBN 3-8142-1091-3 DM 6,00
- Nr. 92 Pohlmann, Dietmar: Was haben Kirche und Christentum mit Bildung zu tun? - Vortrag zur Verleihung der Honorarprofessur. - 1997. - 26 S.
ISBN 3-8142-1092-1 DM 6,00
- Nr. 93 Wilson, Gail: Continuity and Change in Gender Relations in Advanced Old Age. - 1997. - 27 S.
ISBN 3-8142-1093-X DM 6,00
- Nr. 94 Lüthje, Jürgen/Raapke, Hans-Dietrich: Wissenschaft und Bildung als Auftrag der Universität. - 1997- 42 S.
ISBN 3-8142-1094-8 DM 6,00
- Nr. 95 Wolter, André: Das deutsche Gymnasium zwischen Quantität und Qualität. - 1997.- 89 S.
ISBN 3-8142-1095-6 DM 6,00
- Nr. 96 Freire, Paulo: Ehrendoktor der Universität Oldenburg. - Ansprachen und Vorträge zur Verleihung der Ehrendoktorwürde. - 1997. - 58 S.
ISBN 3-8142-1096-4 DM 6,00
- Nr. 97 Lorber, Judith: The Variety of Feminisms and their Contribution to Gender Equality. - 1997. - S.45
ISBN 3-8142-1097-2 DM 6,00
- Nr. 98 Horn, Klaus-Peter: Professionalisierung und Disziplinbildung. Entwicklung und Perspektiven des Diplomstudienganges Erziehungswissenschaften. -1997.- 40 S.
ISBN 3-8142-1098-0 DM 6,00
- Nr. 99 Haber, Wolfgang: Ökosystemforschung und Fachwissenschaft. Die Rolle der Fachwissenschaften für die Ökosystemforschung. - Thomas Höpner zum 60. Geburtstag. - 1998. - 24 S.
ISBN 3-8142-1099-9 DM 6,00